

Antrag

der Abgeordneten Thilo Hoppe, Hans-Christian Ströbele, Ingrid Hönlinger, Ute Koczy, Uwe Kekeritz, Dr. Hermann E. Ott, Harald Ebner, Dr. Gerhard Schick, Tom Koenigs, Volker Beck (Köln), Undine Kurth (Quedlinburg), Dorothea Steiner, Marieluise Beck (Bremen), Cornelia Behm, Agnes Brugger, Viola von Cramon-Taubadel, Hans-Josef Fell, Bettina Herlitzius, Katja Keul, Memet Kilic, Sven-Christian Kindler, Markus Kurth, Kerstin Müller (Köln), Dr. Konstantin von Notz, Omid Nouripour, Lisa Paus, Claudia Roth (Augsburg), Manuel Sarrazin, Dr. Frithjof Schmidt, Dr. Harald Terpe, Daniela Wagner, Beate Walter-Rosenheimer und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

EU – Lateinamerika: Partnerschaft für eine sozial-ökologische Transformation

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Am 26. und 27. Januar 2013 findet in Santiago de Chile das siebte Gipfeltreffen zwischen der Europäischen Union (EU) und den Staaten Lateinamerikas und der Karibik (LAK) statt, das zugleich das erste Gipfeltreffen zwischen der EU und der im Dezember 2011 gegründeten Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten CELAC (Comunidad de Estados Latinoamericanos y Caribeños) ist. Die CELAC umfasst alle Staaten Amerikas mit Ausnahme von Kanada und den Vereinigten Staaten von Amerika und hat mit seinen rund 560 Millionen durchschnittlich sehr jungen Menschen, einer starken und gut organisierten Zivilgesellschaft, positiven wirtschaftlichen Kennzahlen und einem enormen Reichtum an natürlichen Ressourcen großes Potenzial. Der Staatenverband kann ein wichtiger Bündnispartner für Europa auf der Suche nach Lösungen für globale Herausforderungen wie die Finanz-, Wirtschafts-, Klima- und Ernährungskrisen sein.

Die Bundesregierung muss den anstehenden Gipfel zum Anlass nehmen, sich auf EU-Ebene für eine grundsätzliche Veränderung der derzeit durch wirtschaftliche Interessen dominierten Beziehung mit Lateinamerika und der Karibik stark zu machen und Impulse zu setzen, die eine sozial-ökologische Transformation hin zu einer strategischen Partnerschaft für eine menschenrechtsbasierte nachhaltige Entwicklung auf beiden Kontinenten einleiten.

Derzeit werden die globalen Krisen durch die Handelsstrategie der EU und der LAK-Staaten noch verschärft. Intransparenz und geringe politische Partizipation führen dazu, dass unter Umgehung von Parlamenten und Ausschluss der Zivilgesellschaft Abkommen und Verträge abgeschlossen werden, die zu ökologischen und sozialen Verwerfungen führen und Partikularinteressen den Vorrang vor dem Gemeinwohl geben. Dabei finden Menschenrechte, wie beispielsweise das Recht auf Nahrung, und der Schutz natürlicher Ressourcen nicht genug Be-

achtung. Hoher Fleischkonsum und Massentierhaltung in Europa sind mitverantwortlich für den ressourcenintensiven Anbau von genmanipulierter Soja in Argentinien, Paraguay und Brasilien, der zu einer massiven Belastung von Mensch und Umwelt durch Pestizide, zur Vertreibung von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern und Indigenen sowie zum Verlust wertvoller Tropenwälder und Savannengebiete führt. Europas Suche nach alternativen Energiequellen verursacht die Expansion des Anbaus von Pflanzen für die Agrotreibstoffproduktion, die sich aufgrund fehlender Rahmenbedingungen oft negativ auf die Umwelt und eine gerechte Landverteilung auswirkt. Der ungebremste Rohstoffhunger der EU treibt den extensiven Bergbau und die Gewinnung seltener Erden in den LAK-Staaten voran. Dadurch wird vor Ort u. a. der Energie- und Wasserverbrauch und der Druck auf Waldbestand und fruchtbaren Boden gesteigert. Die Konzentration von fruchtbarem Land in den Händen Weniger nimmt erneut zu. Landgrabbing stellt heute auch in Lateinamerika ein gravierendes Problem dar. Lateinamerikas „grüne Lunge“, die Wälder des Amazonas, die große Bedeutung für das Weltklima und die Erhaltung der Artenvielfalt haben, sind gefährdet – trotz der Fortschritte in vielen Ländern beim Aufbau von Governance-Strukturen zum Waldschutz.

Diese Beispiele illustrieren das Phänomen des Neo-Extraktivismus, bei dem die massive Ausbeutung von Rohstoffen für den Export im Zentrum der wirtschaftlichen Strategien steht und menschenrechtliche und ökologische Aspekte vernachlässigt werden. Einige LAK-Regierungen finanzieren mithilfe der daraus generierten Einnahmen zwar kurzfristig wirkungsvolle Sozialprogramme und formulieren Visionen für andere Wirtschaftsmodelle, de facto werden die strukturellen Ursachen sozialer Ungerechtigkeit und der Zerstörung von Natur und Lebensräumen jedoch kaum adressiert. So kommt es im Zusammenhang mit Großprojekten im Bergbau, der exportorientierten Landwirtschaft oder der Energiegewinnung zunehmend zu sozialen Protesten.

Ziel des Gipfeltreffens muss deshalb die Erarbeitung von Konzepten für eine diversifizierte und nachhaltige Wirtschafts- und Handelsstrategie und der Beginn einer intensiven Diskussion mit den lateinamerikanischen Parlamenten und der Zivilgesellschaft sein. Dabei müssen die Beschwerden der Zivilgesellschaft über die negativen Folgen der bereits in Kraft getretenen und zukünftigen Handelsabkommen Gehör finden und daraus Konsequenzen gezogen werden.

Es wird erwartet, dass sowohl ein Assoziierungsabkommen mit den Ländern Zentralamerikas als auch ein Freihandelsabkommen mit Peru und Kolumbien zeitnah zum Gipfel vom Europaparlament verabschiedet werden. Es ist zu befürchten, dass ihre Umsetzung zu schwerwiegenden sozialen und ökologischen Verwerfungen führen werden. Zum Beispiel würde der zollfreie Zugang für große Mengen europäischer Milchprodukte die kleinbäuerlichen Milchbetriebe der zentralamerikanischen Länder extrem unter Druck setzen und vor allem Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in die Armut treiben.

Obwohl es sich die EU zum Ziel gesetzt hat, über die Abkommen die Menschenrechte zu stärken und eine nachhaltige Entwicklung zu fördern, spielten diese Aspekte in den bisherigen Verhandlungen nur eine untergeordnete Rolle. Dabei wäre ein verstärkter Einsatz beider Regionen für den Schutz der Menschenrechte von größter Wichtigkeit. Einige der LAK-Staaten weisen derzeit alarmierende Anzeichen fragiler Staatlichkeit auf. Insbesondere in Mexiko und Zentralamerika hat der Kampf gegen die organisierte Kriminalität und die Drogenkartelle, der geprägt ist von einem sicherheitspolitischen und repressiven Paradigma, zu hohen Opferzahlen geführt. Allein in Mexiko sind dem Krieg gegen die Drogenkartelle seit 2006 über 60 000 Menschen zum Opfer gefallen.

Die Verhandlungen konzentrieren sich vor allem auf Handelsfragen und vernachlässigen die anderen Dimensionen der Partnerschaft: den politischen Dialog und die Zusammenarbeit in Bereichen wie der Armutsreduzierung, den Men-

schenrechten, der Stärkung des Rechtsstaates, dem Klima- und Umweltschutz und dem Schutz des Lebensraums indigener Völker, der Energiewende, sozialer Kohäsion und Geschlechtergerechtigkeit, Bildung und Beschäftigung, Innovation und Technologie, der Ökologisierung der Landwirtschaft und der Vereinbarung von Nachhaltigkeits-, Transparenz- und Menschenrechtskriterien im Agrar- und Bergbausektor. All dies sind Themen, die die „strategische Partnerschaft“ der EU und der LAK-Staaten mit konkreten Inhalten füllen können. Die aktuellen multilateralen Prozesse zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele (MDG) und ihre Fortführung und Erweiterung zu Nachhaltigkeitszielen (SDG) sollten dafür als Rahmen dienen.

Seit Beginn der strategischen Partnerschaft im Jahr 1999 ist die heutige CELAC-Region selbstbewusster geworden. Dies zeigt sich auch auf der internationalen Bühne, z. B. in der Präsenz von Mexiko, Brasilien und Argentinien in der G20, in der zunehmenden Selbstständigkeit regionaler Institutionen, wie z. B. der Bank des Südens (Banco del Sur), und der Unabhängigkeit von klassischen Finanzorganisationen wie dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank. Erfolgreiche multilaterale Initiativen der Vereinten Nationen wie die SDG gehen auf lateinamerikanischen Anstoß, in diesem Fall Kolumbiens und Guatemalas, zurück. Die CELAC-Staaten haben ihre Abhängigkeit von den USA deutlich verringert und sind auch weniger auf Europa angewiesen. Sollten es die europäischen Regierungen erneut verpassen, die LAK-Staaten als strategische Partner im Kampf gegen Armut und Klimawandel ernst zu nehmen und einzubinden, so könnten diese die wirtschaftlichen Beziehungen zu Regionen vorziehen und die zu Europa in Zukunft vernachlässigen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich dafür einzusetzen, dass auf dem CELAC-EU-Gipfel gemeinsame Ziele für eine nachhaltige Entwicklung und die Stärkung der Menschenrechte vereinbart werden, die der weltweiten Finanz-, der Klima- und der Hungerkrise und gravierenden Menschenrechtsverletzungen entgegenwirken;
2. sich dafür einzusetzen, dass auf dem CELAC-EU-Gipfel gemeinsame Initiativen zur Stärkung des Multilateralismus, für die Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) und zur Steuerung des anstehenden Prozesses der Erarbeitung universeller nachhaltiger Entwicklungsziele (SDGs) vereinbart werden;

Wirtschafts-, Handels- und Rohstoffpolitik

3. dafür einzutreten, dass Handels- und Assoziierungsabkommen mit LAK-Staaten einen klaren Fokus auf Menschenrechte, Ökologie und nachhaltige Entwicklung legen, indem die zweite und dritte Säule der Abkommen (politischer Dialog und Entwicklungszusammenarbeit) deutlich gegenüber der ersten Säule (Handelsliberalisierung) gestärkt werden;
4. sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass die Standardformulierung der Menschenrechtsklausel in EU-Abkommen nicht nur die Respektierung von Menschenrechten, sondern explizit deren Schutz und Förderung enthält;
5. sich dafür einzusetzen, dass die Menschenrechtsklauseln der Handels- und Assoziierungsabkommen um einen Beschwerdemechanismus für betroffene, nichtstaatliche Akteure und einen Sanktions- und Monitoringmechanismus ergänzt werden, ein intergouvernementaler und parlamentarischer Menschenrechtsausschuss geschaffen wird, und dass vor Abschluss der Abkommen und in regelmäßigen Abständen menschenrechtliche und ökologische Folgeabschätzungen durchgeführt werden;

6. das Assoziierungsabkommens mit Zentralamerika und das Handelsabkommens mit Peru und Kolumbien nicht zu unterzeichnen und sich mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass beide Abkommen nicht von den anderen europäischen Mitgliedsländern unterzeichnet werden, da die Forderungen 4 und 5 im Falle beider Abkommen bislang nicht umgesetzt wurden;
7. sich dafür einzusetzen, dass das Europäische Parlament und im Falle gemischter Abkommen der Deutsche Bundestag von Beginn an über den Stand laufender Verhandlungen von Abkommen unterrichtet werden und anschließend die Möglichkeit haben, Änderungsvorschläge abzugeben;
8. sich für einen verbesserten Marktzugang für die LAK-Staaten zur EU einzusetzen und europäische Angebote von Agrarprodukten zu Dumping-Preisen zu beenden;
9. sich für eine Agrarwende in der EU und den LAK-Staaten einzusetzen, die den Fokus auf eine ökologische und sozial nachhaltige Landwirtschaft legt und die sich von dem bisherigen gentechnik-fokussierten und industriellen Landwirtschaftsmodell abkehrt;
10. mehr Mittel für eine Agrarforschung bereitzustellen, die auf agrarökologische und standortangepasste Methoden abzielt (z. B. auf die Optimierung des Anbaus von gentechnikfreier Soja, für die Ausweitung des Ökolandbaus oder für Agroforst- und Mischkultursysteme) und dabei eng mit LAK-Staaten kooperiert;
11. sich dafür einzusetzen, dass die Einfuhr von Biomasse aus der Region in die Europäische Union begrenzt und an die strikte Einhaltung von Nachhaltigkeits- und Menschenrechtskriterien gebunden wird. Dafür sind die derzeitigen Nachhaltigkeitskriterien der EU für die Einfuhr von Biomasse massiv zu verschärfen. Es muss zukünftig sichergestellt werden, dass Futtermittel und Energiepflanzen, die für den Export bestimmt sind, boden- und wasserschonend angebaut werden und weder zur Vertreibung von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern und Indigenen, noch zur Verschärfung des Hungerproblems oder zum Verlust wertvoller Urwälder führen. Hierbei sind auch indirekte Wirkungen der Entwaldung zu berücksichtigen;
12. sich dafür einzusetzen, dass die Aspekte Chemiekaliensicherheit und Schutz von Wasserressourcen bei der Definition von Umweltstandards und Nachhaltigkeitskriterien, die Grundvoraussetzung für den weiteren Import von Produkten in die Europäische Union sind, deutlich stärker als bisher berücksichtigt werden, damit beispielsweise Schnittblumen nicht weiter in großem Umfang mit extrem gefährlichen Pestiziden behandelt werden;
13. sich dafür einzusetzen, dass die EU bei Verhandlungen von bi- und plurilateralen Handelsabkommen ihre Verhandlungspartner nicht zu festen Liberalisierungsquoten drängt, sondern den Schutz sensibler Wirtschaftssektoren (zum Beispiel der Landwirtschaft) zulässt;
14. sich dafür einzusetzen, dass bi- und plurilaterale Handelsabkommen keine Passagen enthalten, die den Partnerstaaten eine effektive Finanzmarktaufsicht und Kapitalverkehrskontrolle erschweren;
15. sich auf EU-Ebene im Interesse des universellen Zugangs zu essentiellen Medikamenten sowie dem freien Austausch von traditionellem Saatgut dafür einzusetzen, dass bi- und plurilateralen Handelsabkommen keine Verpflichtungen im Bereich des geistigen Eigentums enthalten, die über die Vereinbarungen des TRIPS-Abkommens (TRIPS = Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights) hinausgehen, insbesondere keine Bestimmungen zu Patentverlängerungen und zur Exklusivität von Forschungsdaten;

16. auf Transparenz und umfassende Einbeziehung der Zivilgesellschaft bei der weiteren Gestaltung der inhaltlichen Ausrichtung neuer Initiativen, wie der EU-LAC-Stiftung und der Investitionsfazilität LAIF (Latin America Investment Facility) zu drängen;
17. sich dafür einzusetzen, dass Investitionsschutzabkommen mit den LAK-Staaten die Investoren zur Beachtung und Einhaltung von Menschenrechts- und Nachhaltigkeitskriterien und Sozial- und Umweltstandards verpflichten. Der politische Spielraum zur Umsetzung einer sozial-ökologischen Transformation darf nicht durch die Androhung von Schadensersatzklagen vor privaten Schiedsgerichten eingeengt werden;
18. die europäische und deutsche Rohstoffpolitik, die bislang einseitig vom Ziel der Rohstoffbeschaffung dominiert ist, neu auszurichten, ökologische, soziale und menschenrechtliche Auswirkungen in den Partnerländern stärker in den Fokus zu rücken und entsprechende Standards zu verankern und auf dieser Grundlage die Entwicklungsinteressen der rohstoffreichen Länder stärker in den Mittelpunkt zu rücken;
19. durch Wissens- und Technologietransfer das Recycling vor Ort aktiv zu stärken und den Aufbau von Recyclingpartnerschaften mit lateinamerikanischen Staaten zu prüfen;
20. lateinamerikanische Staaten durch Wissens- und Technologietransfer darin zu unterstützen, beim Abbau von Bodenschätzen ökologische Schäden und soziale Verwerfungen zu vermeiden und Wertschöpfungsketten vor Ort aufzubauen;
21. bei Investitionen im Rohstoffsektor die Einhaltung der Menschenrechte, klare Transparenzvorschriften auf Projektebene, Sozial- und Umweltverträglichkeitsprüfungen, Beteiligung der betroffenen Bevölkerung (umfassende Information und Konsultation, Verankerung des Free, prior and informed consent) sowie Prüfungen zur gesamtwirtschaftlichen Sinnhaftigkeit der Investitionen zu garantieren;
22. sich für umfassende Informations- und Transparenzinitiativen sowie eine Offenlegungspflicht der Verträge und Lieferketten im Rohstoffbereich einzusetzen;

Demokratie und Menschenrechte

23. sich auf europäischer Ebene für eine kohärente Menschenrechtspolitik der EU gegenüber den Ländern Lateinamerikas und der Karibik einzusetzen;
24. sich für die Einhaltung von Beteiligungsrechten einzusetzen und wirksame Möglichkeiten für Einzelpersonen und Bevölkerungsgruppen zu schaffen, ihr Recht auf Information und Konsultation einzuklagen und durchzusetzen, beispielsweise indem Vorhaben der deutschen und europäischen Entwicklungszusammenarbeit unter strengen Transparenz- und Beteiligungskriterien durchgeführt werden;
25. sich zusammen mit anderen europäischen Mitgliedsländern für eine Stärkung des Rechtsstaates und eine Reform der Justiz einzusetzen, die die weit verbreitete Straflosigkeit für Gewaltverbrechen in Lateinamerika und der Karibik eindämmt und das Vertrauen der Bürger und Bürgerinnen in das Rechtssystem erneuert;
26. zwischenstaatliche Abkommen im Bereich Sicherheitszusammenarbeit nur dann abzuschließen, wenn garantiert werden kann, dass von den jeweiligen Sicherheitskräften grundlegende Menschenrechts- und Transparenzstandards eingehalten werden; gleiches gilt für die Gewährung von Ausbildungs- und Ausstattungshilfe für Polizei und Militär sowie jegliche sonstige Unterstützungsmaßnahmen für Sicherheitskräfte;

27. sich für entsprechende Evaluierungs- und Monitoringinstrumente für den Bereich Sicherheitszusammenarbeit einzusetzen, unter anderem in Form eines regelmäßigen Tätigkeits- und Erfahrungsberichts, der umfasst, welche Ausbildungs-, Ausstattungs- und Beratungshilfen für Staaten geleistet wurden, die hinsichtlich der Menschenrechtssituation als fragil eingestuft sind und der dabei insbesondere auch auf Ergebnisse der Zusammenarbeit eingeht;
28. sich gegen die Verfolgung und Diskriminierung von Menschenrechtsverteidigerinnen bzw. Menschenrechtsverteidigern einzusetzen und die „EU-Leitlinien zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern“ konsequent umzusetzen indem beispielsweise
 - a) ein spezieller Verbindungsbeamter für die Pflege von Kontakten mit Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidigern an den deutschen Botschaften eingesetzt wird;
 - b) über das deutsche Botschaftspersonal Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidiger in Polizeigewahrsam oder unter Hausarrest besucht werden und an Verfahren gegen sie als Beobachter teilgenommen wird;
 - c) Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidiger regelmäßig in die EU-Delegationen eingeladen werden;
29. sich gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Organisationen auf internationaler Ebene für eine Strafverfolgung von Feminiziden einzusetzen und in der deutschen und europäischen Zusammenarbeit Maßnahmen mit dem Ziel der Geschlechtergerechtigkeit auszubauen;
30. sich in der Drogenpolitik an den Empfehlungen der Global Commission on Drug Policy zu orientieren und sich in diesem Sinne für eine Neuausrichtung in der Drogenpolitik einzusetzen, die stärker an nachhaltiger Entwicklung, Menschenrechten und Gesundheitsaspekten orientiert ist, die Entkriminalisierung von Drogenbauern, -konsumenten und kleineren Drogenkurierern (mulas) fördert und staatliche Regulierungsmodelle als Alternative zum prohibitiven Ansatz in der Drogenpolitik unterstützt;
31. sich für eine menschenrechtsbasierte Politik im Bereich der Bekämpfung des organisierten Verbrechens einzusetzen, die mit präventiven Sozial- und Beschäftigungsprogrammen an den sozialen und wirtschaftlichen Ursachen der Gewalt ansetzt und die Militarisierung im Innern beendet;
32. sich insbesondere im Rahmen der „Financial Action Task Force on Money Laundering“ (FATF) für eine verstärkte Verfolgung der Geldwäscheaktivitäten von organisierten kriminellen Netzwerken einzusetzen, dabei ein besonderes Augenmerk auf die Bekämpfung von Finanzparadiesen zu legen und die Empfehlungen der FATF endlich auch in Deutschland gesetzgebend komplett umzusetzen; mehr Mittel für die Verfolgung von Geldwäscheaktivitäten in Deutschland und Europa bereitzustellen und im Dialog mit lateinamerikanischen Regierungen verstärkte Anstrengungen zur Konfiszierung von Besitztümern und Geldern der organisierten kriminellen Netzwerke einzufordern;

Klima- und Umweltschutz

33. sich dafür einzusetzen, dass sich die EU an einer verlässlichen, zusätzlichen und angemessenen Finanzierung des Kampfes gegen den Klimawandel und der Anpassung an seine Folgen in LAK-Ländern unabhängig von den eigenen Reduktionszielen beteiligt, indem sie eine angemessene Anschubfinanzierung des Green Climate Fund über 1 Mrd. Euro garantiert;
34. sich in der EU nachdrücklich für eine Anhebung des europäischen Klimaschutzziels von derzeit 20 auf 30 Prozent Emissionsminderung bis zum Jahr 2020 einzusetzen, um gegenüber Lateinamerika als glaubwürdiger Partner auftreten zu können;
35. ihre klimapolitischen Ziele und Dialogformate mit ihren Zielen in anderen Politikfeldern, wie beispielsweise der Wirtschafts- und Handelspolitik, enger abzustimmen und den Klimaschutz konsequent auch in den Handelsbeziehungen mit den LAK-Staaten zu thematisieren;
36. einen Vorschlag vorzulegen, mit welchen Initiativen die Kooperation in einer klimapolitisch progressiven Allianz zwischen den lateinamerikanischen Staaten und Deutschland bzw. der EU ausgebaut werden sollen, um den Klimaschutz und insbesondere den Ausbau von erneuerbaren Energien für eine Energiewende voranzubringen und so eine Klimapolitik der unterschiedlichen Geschwindigkeiten (KluG) voranzutreiben;
37. den Dialog zwischen der europäischen und der lateinamerikanischen Zivilgesellschaft im Bereich des Umwelt- und Klimaschutzes sowie den Ausbau von kommunalen Klimapartnerschaften zu intensivieren und mit notwendigen Finanzmitteln auszustatten;
38. bilateral und innerhalb der EU die energiepolitische Kooperation mit den LAK-Staaten durch gezielte Förderung von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz auszubauen und durch Technologie- und Wissenstransfer im großen Stil zu unterlegen und die Atomverträge mit Brasilien und Argentinien durch eine Kooperation über erneuerbare Energien und Energieeffizienz zu ersetzen;
39. die Hermesbürgschaft für die Beteiligung am Bau des Atomreaktors Angra 3 nicht zu gewähren und die entsprechende Grundsatzzusage zurückzuziehen;
40. zur Klimagerechtigkeit beizutragen, indem alternative Wege und kreative Lösungen beim Umwelt-, Biodiversitäts- und Klimaschutz gefördert werden, und so z. B. die wegweisende ITT-Yasuní-Initiative im Yasuní-Nationalpark in Ecuador zu unterstützen;
41. die von den Folgen des Klimawandels besonders betroffenen Länder, wie insbesondere die verletzlichsten zentralamerikanischen, dabei zu unterstützen, nationale Anpassungsstrategien zu erarbeiten und umzusetzen und Ökosysteme vor Auswirkungen des Klimawandels zu schützen;
42. sich im Rahmen der europäisch-lateinamerikanischen Zusammenarbeit insbesondere für die Umsetzung des strategischen Plans der 11. Vertragsstaatenkonferenz über die biologische Vielfalt (CBD) einzusetzen und dabei besonders die Synergien zwischen Entwicklungszusammenarbeit, Klima- und Biodiversitätsschutz zu nutzen sowie sich innerhalb der EU für eine rasche Mobilisierung der im Rahmen der CBD zugesagten zusätzlichen Finanzmittel einzusetzen;
43. sich innerhalb der EU für eine rasche, sanktionsbewehrte und rechtsverbindliche Umsetzung des Nagoya-Protokolls über den Zugang und gerechten Vorteilsausgleich bei der Nutzung genetischer Ressourcen einzusetzen und die Staaten Lateinamerikas und der Karibik bei der Umsetzung des Protokolls zu unterstützen;

44. sich gemeinsam mit der EU und insbesondere den Tropenwaldländern Lateinamerikas und der Karibik für den Schutz der Rechte der im und vom Wald lebenden Menschen und den Schutz natürlicher Wälder einzusetzen und darauf hinzuwirken, dass insbesondere indigene Gruppen in Klimaverhandlungen und bei der Gestaltung von Waldschutzprogrammen informiert und frühzeitig in Entscheidungsprozesse mit einbezogen werden;
45. sich gemeinsam mit der EU und den Tropenwaldländern Lateinamerikas und der Karibik für eine transparente, zuverlässige und öffentliche Finanzierung des Schutzes der Tropenwälder und der Kompensation vermiedener Entwaldung einzusetzen;
46. bilateral und auf der Ebene der EU die Debatte über die schwerwiegenden Umweltschäden durch den Ausbau von Großwasserkraft, wie dem Staudamm Belo Monte in Brasilien, intensiver zu führen und für eine umweltverträgliche Nutzung von Wasserkraft zu werben;
47. die bilaterale Zusammenarbeit und den Wissens- und Know-how-Transfer im Bereich des technischen Umweltschutzes zu stärken, um auf der einen Seite die Umsetzung der bestehenden Umweltgesetzgebung sicherzustellen und auf der anderen Seite dringend notwendige Weiterentwicklungen bei den Umweltstandards in den Bereichen Abfall-, Wasser- und Abwasserwirtschaft sowie der Chemiekaliensicherheit anzuregen;

Sozialer Zusammenhalt und Armutsbekämpfung

48. sich in Lateinamerika und der Karibik dafür einzusetzen, dass die strukturellen Ursachen der extremen Ungleichheit und der Armut überwunden werden, indem Fragen der Verteilungsgerechtigkeit und der Umsetzung der Landreformen mit den lateinamerikanischen Regierungen in den Verhandlungen um Assoziierungsabkommen und bilaterale Zusammenarbeit stärker thematisiert werden;
49. sich dafür einzusetzen, dass die Europäische Union an ihren Zusagen in der Entwicklungsfinanzierung festhält, mehr ODA-Mittel (ODA = Official Development Assistance) bereitstellt und in Lateinamerika und der Karibik vor allem die ärmsten Länder in den Fokus nimmt;
50. über den politischen Dialog und die Entwicklungszusammenarbeit Landreformen durch Programme zur Raumordnung, des Aufbaus von Katasterämtern und zur Klärung von Eigentumsfragen voranzutreiben;
51. gemeinsam mit den Staaten Lateinamerikas und der Karibik die Spekulation mit Land einzudämmen, um eine weitere Konzentration des Landbesitzes bei wenigen internationalen Investoren zu verhindern;
52. gemeinsam mit den LAK-Staaten aktiv gegen Steuerflucht und Steuervermeidung vorzugehen, damit auch transnationale Unternehmen und Wohlhabende ihren Beitrag zu einer gerechten Verteilung und zur Finanzierung von sozialem Ausgleich leisten;
53. ein System des „Country-by-Country-Reporting“ bzw. „Projekt-by-Projekt-Reporting“ zu etablieren, um zu garantieren, dass Steuern dort gezahlt werden, wo Gewinne erzielt werden, Abkommen über den automatischen Austausch von Steuerinformationen voranzutreiben, letztlich auf die Schließung von Steueroasen weltweit hinzuwirken und innerhalb Lateinamerikas und der Karibik einen Dialog zu unterstützen, um einen Steuerwettbewerb nach unten zu vermeiden;
54. dem Thema Sozialpolitik in den Verhandlungen mehr Aufmerksamkeit zu schenken und dabei eine rechtegeleitete und ökologische Sozialpolitik zu befördern, die die Forderungen der Zivilgesellschaft mit einbezieht;

55. nach dem EU-Entwicklungsbericht 2010, der Möglichkeiten zur Stärkung sozialer Sicherung in Afrika ausführlich diskutiert, einen analogen Bericht auf EU-Ebene zu Lateinamerika zu initiieren;
56. dem Deutschen Bundestag die ILO-Konvention 169 (ILO = International Labour Organization) zur Stärkung der Rechte indigener und in Stämmen lebender Völker umgehend zur Ratifizierung vorzulegen und sich für eine Verbesserung der Lebensverhältnisse und der Partizipationsmöglichkeiten indigener Gruppen einzusetzen;
57. eine inklusive Wirtschaftsentwicklung zu befördern, indem soziale Bewegungen vor Ort in ihrem Kampf für gute Arbeit und gute Löhne unterstützt werden und indem europäische Unternehmen gesetzlich zur Offenlegung von Informationen zu sozialen Aspekten ihrer Geschäftstätigkeit verpflichtet werden. Dabei muss geprüft werden, inwieweit Arbeitnehmerinnen- bzw. Arbeitnehmerrechte, der Zugang der Arbeitnehmerinnen bzw. Arbeitnehmer zu Gewerkschaften, faktische Arbeitszeiten und Löhne einbezogen werden können;

Vielfalt anerkennen und fördern

58. die in einigen lateinamerikanischen Staaten diskutierten Alternativen zum überkommenen Wachstums- und Entwicklungsmodell (etwa Buen Vivir in Ecuador und Vivir Bien in Bolivien) anzuerkennen und gemeinsam mit den lateinamerikanischen Partnerinnen und Partnern nach Alternativen zu suchen, welche die für die EU wie für Lateinamerika relevante Fragen nach einem würdigen und guten Leben für alle in den Fokus rücken;
59. lateinamerikanische Konzepte, welche die Natur als Rechtssubjekt definieren (z. B. die in der ecuadorianischen und bolivianischen Verfassung verankerten Rechte der Natur), ernst zu nehmen und falls von den lateinamerikanischen Partnerstaaten gewünscht, zu prüfen, in welcher Form dies in Assoziierungsabkommen verankert werden kann;
60. das deutsche Auslandsschulwesen und die Stipendienvergabe des Deutschen Akademischen Austauschdienstes e. V. derart zu gestalten, dass sozial benachteiligte und insbesondere indigene Bevölkerungsgruppen von deutschen Bildungsangeboten stärker profitieren als bisher;
61. sich bilateral und auf europäischer Ebene für eine Stärkung der Kooperation im Bereich der Wissenschaft, der Förderung von Innovationspotentialen und des Wissenstransfers einzusetzen.

Berlin, den 12. Dezember 2012

Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion

